

Astrid Séville
Julian Müller

ZUR
Politische
Redeweisen

SACHE

Der Essay 4

Mohr Siebeck

Zur Sache. Der Essay

herausgegeben von
Christine Abbt und Hartmut von Sass

4



Astrid Séville und Julian Müller

Politische Redeweisen

Mohr Siebeck

ISBN 978-3-16-161502-3 / eISBN 978-3-16-163372-0
DOI 10.1628/978-3-16-163372-0

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2024 Mohr Siebeck Tübingen. www.mohrsiebeck.com

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Martin Fischer in Tübingen aus der Minion gesetzt und von Druckerei Gulde in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und gebunden.

Printed in Germany.

Inhalt

Neue kommunikative Unübersichtlichkeit	1
Staatstragende Flapsigkeit	13
Universale Subjektivität	26
Erweckter Liberalismus	41
Idealistischer Konkretismus	55
Erlebendes Handeln	67
Exzentrische Konventionalität	81
Pastorale Agonalität	95
Geschwätziger Rückzug	105
Literatur	111

Neue kommunikative Unübersichtlichkeit

Wer heute über Politik diskutiert, kann nicht *nicht* über politische Kommunikation sprechen. Allgegenwärtig ist das Argument geworden, dass Politik, zumal in einer repräsentativen Demokratie, vermittelt werden muss. Wer Entscheidungen im Namen des Volkes trifft, wer Gesetze verabschiedet, wer im Parlament als Abgeordneter, in einem Kabinett als Ministerin oder im Dorf als Bürgermeister fungiert, muss, so die oft vorgetragene Forderung, Politik *erklären*.

Politische Erfolge wie Misserfolge werden heute immer auch auf politische Kommunikation zurückgeführt – Politikerinnen hätten Wähler nicht *abgeholt* oder keine überzeugende Kampagne gehabt. In den Nachbesprechungen zu Duellen oder neuerdings Triellen während des Wahlkampfes wird sodann die Performance der Kandidaten evaluiert und somit unweigerlich die Darstellung von Politik in den Vordergrund gerückt. Die Diagnose einer Medien- oder Publikumsdemokratie (MANIN 2007), ist so aktuell wie bekannt: Dank moderner Massenmedien komme es in *repräsentativen* Demokratien zunehmend auf die *Präsentation* von Politik an. Zudem würden Wahlentscheidungen nicht nur stärker personalisiert, auch das Verhältnis zwischen politischen Akteuren und Wählerinnen sei heute ein anderes geworden. Wählerinnen entscheiden nicht länger nach stabilen und erwartbaren Präferenzen, sondern deutlich volatiler; sie reagieren spontan auf Debatten, Fehlritte, Inszenierungen und damit auch auf die gelingende oder aber auch misslingende Mediennutzung der Kandidaten.

Nun wirkt die herkömmliche Diagnose einer Mediendemokratie vor dem Hintergrund zunehmender Verflüssigung von Kommunikation durch den allgegenwärtigen Einsatz sozialer Medien fast schon altbacken, weil sie die andere Seite jenes Verhältnisses noch nicht einmal absehen konnte. Schließlich haben sich die Möglichkeiten und Chancen zu Teilhabe und Mitwirkung an öffentlichen Debatten in den letzten Jahren massiv vergrößert, klassische journalistische *gatekeeper* mussten ihre Stellung einbüßen, wodurch auch die Rollenverteilung von Sendern und Empfängern fluide geworden ist. Das politische Publikum ist längst nicht mehr nur passiv-reaktiv. Darin liegt gewissermaßen Fluch und Segen der gegenwärtigen Situation. Jeder kann heute zum Sender politischer Botschaften werden, ohne dass der Einzelne auf diese neue Rolle wirklich vorbereitet wäre. Im Hinblick auf einen *neuen Strukturwandel der Öffentlichkeit* stellte Jürgen Habermas daher kürzlich folgende Frage: „Wie der Buchdruck alle zu potentiellen Lesern gemacht hatte, so macht die Digitalisierung heute alle zu potentiellen Autoren. Aber wie lange hat es gedauert, bis alle lesen gelernt hatten?“ (HABERMAS 2022, 46) Nicht nur lesen und schreiben, auch *posten* will also gelernt sein.

In der Zwischenzeit erhalten politische Akteure und in der Öffentlichkeit stehende Personen schnellere, bisweilen auch brutalere Rückmeldungen und geraten vermehrt unter Rechtfertigungsdruck. Zunehmend sehen sie sich aufgefordert, ihrerseits auf Debatten, auf Nachfragen und Kritik zu reagieren, und müssen damit rechnen, dass ihre Aussagen dabei verzerrt oder aus dem Kontext gerissen werden. Nicht zuletzt ist die Gegenwart durch den Umstand gekennzeichnet, den Diedrich Diederichsen unlängst präzise benannte: „Globale und digitale Verhältnisse haben eine klassische Voraussetzung von Diskursproduktion nachhaltig abgeschafft:

Man kann nicht mehr über andere reden, ohne dass die mithören.“ (DIEDERICHSEN 2021, 13) Skandalisierung und Empörung sind die erwartbaren Effekte, mit denen öffentliche Sprecher unter den Bedingungen globaler und digital verstärkter Dauerkommunikation rechnen müssen.

Es stellt sich die Frage, wie politische und öffentliche Akteure in dieser Gemengelage heute überhaupt kommunizieren können. Wie lassen sich Überzeugungen und Entscheidungen erklären und vertreten? Wie lassen sich diese angesichts einer immer größer werdenden Anzahl von Diskursteilnehmern kommunikativ absichern? Wie kann heute in der Öffentlichkeit verbindlich, nahbar und doch entschlossen gesprochen werden, wenn man dank des Kreislaufs von Reaktion, Kritik und Empörung immer auch um die Standortgebundenheit und somit Anfechtbarkeit der eigenen Ansichten weiß und dieses Wissen vermehrt auch noch ausstellen muss? Und was passiert mit dem eigenen politischen Sprechen, wenn dieses nicht nur unter permanenter Beobachtung steht, sondern zunehmend auch von antidemokratischen Kräften angefochten wird?

Die öffentliche wie auch akademische Debatte der letzten Jahre kreiste vor allem um die Frage, wie gezielte Tabubrüche eine „Verschiebung nach rechts“ und somit eine „Verrohung“ oder „Enthemmung“ des politischen Diskurses herbeigeführt hätten. Diese Entwicklungen wurden mit berechtigter Sorge, teilweise auch mit etwas merkwürdiger Faszination beobachtet. Allenthalben war nun von der *Hufeisen-Theorie* und dem *Overton-Fenster* die Rede. Es ließen sich nun Querfronten diagnostizieren, Überläufer benennen und entsprechende Techniken der Appropriation ausmachen. Dass in der sachsen-anhaltinischen Provinz etwa eifrig Gramsci, Deleuze und *Tristesse Royale* gelesen wird, brachte vielleicht die ein oder andere Selbstverständlichkeit und womöglich

auch die ein oder andere Ordnung im Bücherregal durcheinander, war aber doch nur auf den ersten Blick verwunderlich – manch Hochschullehrer und öffentlicher Intellektueller sah sich gar dazu hingerissen, eine Korrespondenz mit dem Rittergut zu beginnen.

In diesem Essay soll es jedoch nicht um die Frage gehen, ob und gegebenenfalls wie man mit Rechten reden sollte, der Blick richtet sich vielmehr darauf, wie in der zunehmend unter Beschuss stehenden Mitte gesprochen wird. Nicht das Provokante, das Laute und Offensiv-Hässliche, sondern die kommunikative Neuverhandlung des hierzulande politisch Etablierten, Normalen, Bürgerlichen und Demokratischen wird also im Fokus stehen. Damit soll freilich keiner Apologetik des Bestehenden das Wort geredet werden. Es steht außer Frage, dass die Behauptung des *Normalen* und die Rede von der *Mitte* nie nur eine neutrale Beschreibung ist, sondern dass es sich dabei immer auch um eine eigene Positionsmarkierung und somit um einen politischen Akt handelt. Die *Mitte* ist so umkämpft wie exklusiv, sie bleibt immer uneindeutig und ist bei genauerem Hinsehen viel weniger harmlos, als der Begriff vermuten lässt (HEITMEYER 2024; ZICK/KÜPPER 2021). Und doch hilft die Idee der *Mitte* als eine perspektivische Engführung: Schließlich zeigen sich hier dominante Selbstbilder und Selbsterzählungen einer Gesellschaft besonders deutlich. Zu diesen tragen politische Akteure und öffentliche Figuren wie Publizistinnen, Schriftsteller, Schauspieler und Journalistinnen bei. An ihnen lässt sich ein Zugang gewinnen zu den Formen und Formaten politischer Kommunikation in der liberaldemokratischen Gesellschaft der Gegenwart, die keineswegs nur auf parlamentarische Debatten und Leitartikel beschränkt sind.

Wir wollen uns im Folgenden daran machen, bestimmte Redeweisen herauszuarbeiten, die auf den ersten Blick nicht

immer unmittelbar politisch anmuten, die aus unserer Sicht aber sehr wohl politisch sind – und die wir für symptomatisch halten. So lässt sich etwa in den Medien derzeit die Proliferation eines bestimmten Attributs beobachten, mithilfe dessen die besagte Mitte sich selbst versteht: Immer häufiger stoßen wir auf eine emphatische Behauptung des *Radikalen* innerhalb der Mitte. Die *Zeit*-Journalistin Yasmine M'Barek beispielsweise vertritt mit Verve die Idee „radikaler Kompromisse“. In Kompromissbereitschaft sieht sie den Wesenskern und auch den Motor von Demokratien. Man müsse sich im politischen Spiel am Ende, so auch der Untertitel ihres jüngsten Buches und die programmatisch ausgegebene Losung, „in der Mitte treffen“ (M'BAREK 2021). Die Autorin Şeyda Kurt wiederum fordert „radikale Zärtlichkeit“ und hinterfragt damit nicht nur klassische Vorstellungen von Liebe, sondern fragt vor allem nach dem genuin politischen Kern zwischenmenschlicher Beziehungen. Nicht nur komme es im Modus der Zärtlichkeit zur Suspension von Repression und Gewalt, durch Zärtlichkeit realisiere sich sogar unweigerlich auch ein politisches Programm: „Das Ziel kann nicht einfach nur Zärtlichkeit sein, ich will konsequenter denken. Es muss um *radikale Zärtlichkeit* gehen. Ich verstehe radikale Zärtlichkeit als ein Programm der Gerechtigkeit. Eine Gerechtigkeit der Zärtlichkeit in der eigenen Beziehung, den scheinbar privatesten Spielräumen und darüber hinaus, gibt es nur dann, wenn sie für alle gilt. [...] Radikale Zärtlichkeit ist das Eingeständnis der Notwendigkeit von Visionen, die politisch und vielfältig zugleich sind.“ (KURT 2021, 20)

Auch die Kolumne der feministischen Publizistin Teresa Bücken im Magazin der *Süddeutschen Zeitung* diskutiert unter dem Titel „Ist es radikal ...“ regelmäßig gesellschaftspolitische Fragen, die gerade nicht mit einem utopischen oder gar revolutionären Programm verbunden werden, son-

dern ganz konkrete politische Probleme auf den Punkt bringen: „Ist es radikal, das Elterngeld für Reiche zu streichen?“, „Ist es radikal, bis 80 zu arbeiten?“ oder „Ist es eine radikale Idee, keine Karriere machen zu wollen?“ Mit der Behauptung oder zumindest mit der Vermutung des Radikalen scheint sich die Mitte aktuell immer häufiger ihrer selbst und der Dringlichkeit ihrer eigenen Aufgaben versichern zu wollen. Es ist kein Zufall, dass Motive wie „radikale Verletzlichkeit“, „radikale Achtsamkeit“ oder „radikale Akzeptanz“ aktuell so erfolgreich und anschlussfähig sind.

Auf den ersten Blick erstaunt dabei, wie sich in diesen Formulierungen bisweilen doch recht biedere, ja zutiefst bürgerliche Erwartungen mit der Behauptung des Radikalen treffen. So lässt sich dann eben auch so etwas wie Kompromissfähigkeit als demokratische, ja allzudemokratische politische Tugend kurzerhand als radikal etikettieren. Wie radikal die entsprechenden Vorschläge dann im Einzelnen sind, soll hier aber gar nicht zur Debatte stehen. Es geht eher um das rhetorische Surplus, das mit dem Etikett ‚radikal‘ einhergeht. Kompromisse allein reichen heute offensichtlich nicht, es bedarf schon radikaler Kompromisse. In dieser ubiquitären und kaum zu überhörenden Behauptung des Radikalen gerade im Zusammenhang mit Praktiken wie Achtsamkeit, Zärtlichkeit oder Kompromissbereitschaft will sich die Mitte wohl selbst glaubhaft machen, dass es ihr ernst ist. Offenbar erfordern die gegenwärtigen Krisen und multiplen Herausforderungen einen härteren Tonfall, der aber die klassischen Muster autoritären und apodiktischen Sprechens scheut. Stattdessen braucht es eine neue Art des Sprechens. Die Aufmerksamkeit für Kommunikation auf Augenhöhe und für Transparenz, die Erwartungen an Geradlinigkeit und Entschlossenheit bei gleichzeitiger Kompromissfähigkeit und Liberalität dürften dabei wohl noch nie so hoch gewesen

sein wie heute. Und genau durch diese Erwartungsfelder hindurch müssen öffentliche Sprecherinnen heute manövrieren.

Diese Verbindung von Radikalität und Nachgiebigkeit und die damit einhergehende Wendung ins ostentativ Kämpferische scheint uns jedenfalls untersuchenswert zu sein. Der Einsatz des Etiketts ‚radikal‘ ist allerdings nur eine Erscheinungsform unter vielen, die uns interessieren. An ganz unterschiedlichen Stellen beobachten wir den Einsatz derart rhetorisch-performativer Kopplungen von an sich Widersprüchlichem oder Unpassendem. Immer häufiger werden Semantiken, Rhetoriken und Tonfälle miteinander verbunden, die wir üblicherweise auseinanderhalten. Im Verlauf dieses Essays werden uns unter anderem Formen staatstragender Flapsigkeit, exzentrischer Konventionalität, universaler Subjektivität oder pastoraler Agonalität begegnen.

Seinen Ursprung hatte dieses Vorhaben zunächst in der Beschäftigung mit der politischen Kommunikation Robert Habecks (MÜLLER/SÉVILLE 2022a). In der deutschen Politik ist Habeck zweifellos der Meister paradoxer Kopplungen und damit der Zusammenführung von Widersprüchlichem. In seinem letztem Buch *Von hier an anders* findet sich hierzu eine beiläufige, aber eben doch vielsagende Formulierung. Habeck spricht dort von seinem Politikstil als einem *selbstkritischen Kämpfen* (HABECK 2021, 64). Ähnlich wie im Fall der in Anspruch genommenen ‚Radikalität‘ werden auch hier Entschlossenheit und Kampfbereitschaft mit der Fähigkeit zur Selbstreflexion und Selbstdistanzierung verknüpft. Habeck war uns auch deshalb ein willkommenes Untersuchungsobjekt, weil er selbst so gerne und auch ausgiebig das eigene Sprechen zum Thema macht. Er weiß um die Chancen ebenso wie um die Risiken politischer Kommunikation unter den Bedingungen medialer Dauerbeobachtung und macht dies auch immer wieder zum Thema.

Politische Kommunikation ist für ihn kein lästiger Zusatz; politische Kommunikation ist für ihn immer auch politisches Handeln. In seiner Dankesrede anlässlich der Verleihung des Ludwig Börne Preises 2023 stellte er genau das noch einmal heraus: „Regieren bedeutet ja eine Verantwortung des Handelns, das sich vor der ganzen Republik zu rechtfertigen hat. Dieses Handeln umfasst auch die Pflicht zum Sprechen – zum Erklären, zum Verständlichmachen, zum Offenlegen von Abwägungen und Erkenntnisgewinnen. Das Sprechen steckt im Wort Verant-Wort-ung ja mit drin.“ (HABECK 2023)

Selten zuvor in der deutschen Politik wurde derart ein neues politisches Sprechen vor Publikum erprobt und gleichzeitig permanent live mitkommentiert – in Interviews, Podcasts und eigenen Sachbüchern. Das Ganze stieß erwartbar auf Anerkennung und ab einem bestimmten Zeitpunkt ebenso erwartbar auch auf Ablehnung. In unserer Auseinandersetzung ging und geht es jedoch nie um Habeck als Person. Im Mittelpunkt steht vielmehr eine bestimmte *politische Redeweise*, die uns emblematisch zu sein scheint. Den Begriff ‚Redeweise‘ borgen wir uns dabei von Erving Goffman, nutzen ihn aber sehr freihändig. Goffman hatte in seinem Buch *Forms of Talk* den Fokus weniger auf die mitgeteilten Inhalte als vielmehr auf die Formen von Kommunikation gerichtet (GOFFMAN 1981). Dieser Anweisung folgen wir und wollen in diesem Essay gegenwärtige Muster und Möglichkeiten öffentlicher Ansprache näher beleuchten. Von ‚Redeweisen‘ zu sprechen, heißt konsequenterweise, sich weder nur auf sachliche Argumente noch auf persönliche rhetorische Stile zu konzentrieren, sondern stattdessen *Typen* und *Muster* politischer Rede herauszuarbeiten. Wir fragen also nach den gegenwärtigen Gelingensbedingungen politischen Sprechens, suchen diese aber nie im einzelnen Sprechakt allein. Wir interessieren uns dabei für spezifische Tonfälle

(SÉVILLE 2018), ohne diese auf die rhetorischen Fähigkeiten oder das Charisma einzelner Personen zurückzuführen; wir sind aufmerksam für die medialen Bedingungen und Infrastrukturen politischer Kommunikation, ohne einem simplen Mediendeterminismus anzuhängen, der alles auf die Ausbreitung sozialer Medien zurückführt; wir nehmen den performativ-theatralen Aspekt politischer Kommunikation in den Blick und wissen doch sehr gut, dass Politik nicht einfach nur Inszenierung ist; und wir wollen die Foren und Bühnen berücksichtigen, auf denen politische Kommunikation stattfindet und mit denen je unterschiedliche Publikumsbezüge und auch Publikumserwartungen einhergehen.

Stärker als je zuvor müssen politische Akteure heute synchron in verschiedenen Öffentlichkeiten agieren und zu unterschiedlichen Publika sprechen können. Dass eine parlamentarische Rede etwas anderes ist als ein Interview bei Günter Gaus oder ein Auftritt im vollen Bierzelt, das war schon immer so. Heute allerdings scheinen diese Räume viel weniger leicht abgrenzbar zu sein. Während noch immer das Bild von der modernen Gesellschaft dominiert, in der unterschiedliche Felder oder Systeme existieren, die nach unterschiedlichen Logiken funktionieren und mithilfe eigener Währungen operieren (LUHMANN 1997), erscheint dieses Bild bei genauerer Betrachtung immer weniger plausibel. Wo ein politisches Statement noch erkennbar etwas anderes war als ein politischer Leitartikel, eine wissenschaftliche Einordnung oder eine satirische Verballhornung und auch in entsprechend anderen Räumen erwartet werden konnte, war die Vorstellung verschiedener eigenlogischer gesellschaftlicher Bereiche durchaus überzeugend. Es stellt sich aber doch die Frage, ob unsere gegenwärtige Situation mit einer solchen Behauptung derart klarer Grenzen noch angemessen beschrieben ist.

Öffentliche Kommunikation findet längst zu weiten Teilen in Foren statt oder wird von diesen Foren beeinflusst – *Twitter*¹ ist dafür sicherlich der prägnanteste Fall –, in denen die sehr eindeutige und analytische Separierung unterschiedlicher Logiken und damit zusammenhängender Sprechakte nicht mehr greift. Hier treffen unterschiedliche Akteure in ein und demselben Raum aufeinander, ohne dass dieser noch als sinnstiftender und erwartungsstabilisierender Rahmen fungieren könnte (GOFFMAN 1980). Schon auf der Ebene der Medienpraktiken einzelner öffentlicher Akteure lässt sich nicht mehr klar trennen, was in welcher Rolle und mit welcher Absicht veröffentlicht wird. Die bereits erwähnte Journalistin Yasmine M'Barek brachte das kürzlich so lapidar wie realistisch auf den Punkt: „Mein Instagram ist einfach mein Instagram. Ich mach' halt das, was mir da passt. Ich mache entweder Memes, ich poste ein ästhetisches Bild, ich war bei Starbucks, ich gehe irgendwo hin, ich poste ein Sharepic von Markus Söder, weil ich seine Meinung gut oder scheiße finde, und manchmal habe ich irgendwie Bock, kurze Texte zu schreiben“.² Nicht nur ebnet diese Entwicklung so manchen Gattungsunterschied ein (HABERMAS 1988), vor allem kommt es dadurch zur Herausbildung recht verblüffender Hybridwesen: Amtsträger, die demonstrativ flapsig daherkommen; Comedians, die als investigative Journalisten im Auftrag des Staates auftreten; Schauspieler oder Theatermacher, die sich als politische Aktivisten verstehen; Journalistinnen, die betont staatstragend werden; Schauspieler oder Theatermacher, die sich als politische Aktivisten verstehen; Wissenschaftlerinnen, die ungebrochen und ohne Distanz politisch sprechen; Literaturkritiker, die von soziologischer

¹ Der Text ist vor der Umbenennung von *Twitter* in *X* verfasst worden.

² Yasmine M'Barek, *NBE Podcast*, 20.01.2022.

Zeitdiagnose zu soziologischer Zeitdiagnose springen; Soziologen, die doch eigentlich gerne Satiriker wären; Minister, die in ihrem eigenen Podcast den Journalisten in sich entdecken – bis hin zu all jenen öffentlichen Figuren, deren Berufsbezeichnung sich gar nicht mehr klar benennen lässt.

Im Folgenden wollen wir ein Bild dieser *neuen kommunikativen Unübersichtlichkeit* zeichnen und ein Licht auf die Redeweisen politischer Akteure der Gegenwart werfen. An wenigen Beispielen versuchen wir Motive politischen Sprechens herauszuarbeiten, die klassische Muster öffentlicher Rede – etwa Sachlichkeit, Autorität oder den zwanglosen Zwang des besseren Arguments – durchbrechen, auflösen oder neu arrangieren und genau durch solche Verschiebungen des Gewohnten und Gesagten etwas über die politische Gegenwart verraten. Die Beobachtung *paradoxe Kopplungen* liefert uns dabei ein Leitmotiv, an dem wir uns in den einzelnen Kapiteln orientieren.

Es handelt sich im Folgenden nicht um eine großspurige Zeitdiagnose, sondern um einen Essay. Die Kapitel sollen als Miniaturen funktionieren, die jeweils eine paradoxe Kopplung diskutieren und anhand exemplarischer öffentlicher Sprecher zu veranschaulichen suchen. Bewusst haben wir bei unserer Auswahl, die nicht den Anspruch auf Vollständigkeit oder Abgeschlossenheit erhebt und sich auch nur auf deutschsprachige Fälle konzentriert, auf unterschiedliche öffentliche Figuren aus unterschiedlichen Bereichen zurückgegriffen. Eine Rede des Bundespräsidenten kann für unsere Frage so aufschlussreich sein wie ein journalistischer Text von Carolin Emcke, ein Interview mit Lars Eidingen oder ein Selfie von Lars Klingbeil. Wir nähern uns diesen öffentlichen Figuren – darunter Politikerinnen, Schauspieler, Publizistinnen, Musiker oder Journalistinnen – weder mit der Absicht der Demaskierung noch aus politischem Kalkül. Wir

erstellen keine Profile parteipolitischer oder persönlicher Kommunikationsstile, sondern versuchen, aufmerksam für bestimmte und aus unserer Sicht signifikante Redeweisen und Tonfälle der Gegenwart zu sein und diese mit philosophischen und sozialwissenschaftlichen Theorien, Konzepten und Begriffen zu konfrontieren.

Politisch sind für uns die im Folgenden skizzierten Redeweisen, weil sie sich an eine Öffentlichkeit als Gegenüber wenden und dabei auf je unterschiedliche Weise eine *politische Ansprache* oder *Fürsprache* formulieren.³ Hierbei werden implizit wie explizit die Möglichkeiten und Herausforderungen eines heute noch gesellschaftlich Verbindlichen und kollektiv Anschlussfähigen ausgelotet. Derartige alltäglich-praktische Bestimmungen des Allgemeinen und Gemeinsamen begreifen wir als genuinen Bereich des Politischen. Und da wir ein sozialwissenschaftliches Interesse an solch kommunikativen Aushandlungen und Neuvermessungen des Politischen haben, wollen wir im Folgenden *zur Sache* politischer Redeweisen sprechen.

³ Diese Unterscheidung von Ansprache und Fürsprache verstehen wir als zwei verschiedene Modi politischen Sprechens, die im Zentrum des von uns gemeinsam mit Christian Kirchmeier geleiteten Forschungsprojekts „Re/Präsentation – Neue Formen der politischen Ansprache und Fürsprache“ stehen. Das Projekt wird von der *Gerda Henkel Stiftung* gefördert. Für die Unterstützung unserer Arbeit möchten wir uns bedanken.